

Ein neuer Blick auf die Bildung

Von **Doris Fiala, Anita Simioni und Claudia Simon***

Man stelle sich vor: In einem fiktiven europäischen Land sind die Eltern es gewohnt, ihre Kinder in die Schule ihrer Wahl zu schicken. Da sie unterschiedliche Vorstellungen und Bedürfnisse betreffend Pädagogik, Lehrplan, Lage des Schulhauses und Bildungsphilosophie haben, wählen sie jene Schule aus, die ihnen am besten entspricht. Sie wissen zwar, dass bei der Wahl nicht alle Wünsche erfüllbar sind, schätzen aber die Möglichkeit, unter Alternativen wählen zu können. Das vor allem deshalb, weil die Qualität auf diese Weise am stärksten gefördert wird: Sollte in einer Schule etwas schief laufen, würde es schnell zu einem Thema – und die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten. Es versteht sich deshalb von selbst, dass die Schulen mögliche Problembereiche wie Übergriffe, Gewalt, Unstimmigkeiten im Lehrerteam mit wachem Auge verfolgen und notfalls rasch korrigierend eingreifen.

Systematische Entmündigung

In diesem fiktiven europäischen Land bestehen nebeneinander öffentliche und private Schulen, die eine Zulassung haben. Die Kernaufgabe

des Staates besteht im Bildungsbereich darin, den Rahmen für Schulen zu setzen. Er würde dann Schulgeld für die Kinder bezahlen, wenn die Bildungsinstitution die staatlich definierten Anforderungen erfüllt. Dieses Modell ist uns aus anderen Bereichen bestens vertraut, in denen Leistungen erbracht werden, die mit besonderen Risiken verbunden sind. Man denke an Spitäler (Qualität der medizinischen Betreuung), Restaurants (Lebensmittelhygiene), Banken (Zahlungsfähigkeit).

Man stelle sich nun folgendes Szenario vor: In diesem europäischen Land, wo die Schulen von den Eltern ausgewählt werden dürfen, entsteht ein Komitee, das das Bildungswesen umkrempeln will. Es will, dass Einzugsgebiete definiert werden, innerhalb derer die Schülerinnen und Schüler ausschliesslich einem bestimmten Schulhaus zugewiesen werden. Die Wahlmöglichkeit würde also abgeschafft. Diese Schule müsste dann neu zwingend öffentliches Eigentum sein, was eine Verstaatlichung nach sich zöge. Würde die Schule dies ablehnen, hätte sie keinen Anspruch auf Schulgeld mehr. Der Staat würde dieses als Teil der Steuerschuld weder separat ausweisen noch zurückerstatten. Ein weiteres Element der Verstaatlichung wäre, dass die einzelnen Schulen nicht mehr autonom über

die Zusammensetzung ihrer Lehrerteams entscheiden könnten. Stattdessen wären es politisch zusammengesetzte Behörden, die über Anstellung und Entlassung entschieden. Die Initiative zur Abschaffung der freien Schulwahl sieht zwar vor, dass eine externe Evaluation der Lehrer stattfindet, diese jedoch unter der Vorgabe, dass deren Berichte nur zuhanden der Schulleitung erstellt werden und keine Folgen nach sich ziehen.

Wie wäre eine solche Initiative zu bewerten? Es gäbe viele Gründe, skeptisch zu sein. Ein einfaches und deshalb beliebtes Argument wäre sicherlich, dass die Abschaffung der freien Schulwahl in der Theorie zwar gut töne, aber für die Praxis nicht tauglich sei. Andere würden einfach von einem staatlichen Eingriff ins Bildungswesen sprechen, der die Eltern entmündige und die Schulen verstaatliche. Drittens wäre immer wieder das Argument zu hören, dass man mit dem bestehenden System doch auch im internationalen Vergleich gut fahre. Warum also etwas ändern?

Differenziertere Argumente skeptischer Art würden konkretere Punkte betreffen. Ein Schulzwang ohne Wahlmöglichkeit würde zu Monopolstellungen der Schulen führen und die Eltern entmündigen. Es wäre mit Unstimmigkeiten im Team und im Verhältnis zwischen Team und Be-

Das Hauptproblem ist, dass Anreize zur Verbesserung der Schulqualität fehlen.

hörde zu rechnen. Ein weiterer problematischer Punkt des Souveränitätsverlustes wäre die unausweichliche Einschränkung der Vielfalt im Bildungswesen. Da die einzelnen Schulen aufgrund ihrer monopolartigen Stellung möglichst vielen Bedürfnissen genügen müssten, hätten sie stets um Kompromisslösungen zu ringen.

Die Vergleichsmöglichkeiten fehlen

Der Wettbewerb würde verzerrt. Es wäre, wie wenn in der Telekommunikation der eine Anbieter dank staatlicher Finanzierung seine Leistungen kostenlos anböte und die anderen selbsttragend sein müssten. Das Hauptproblem wäre nicht sozialpolitischer Natur, wie in solchen Fällen oft behauptet wird, sondern qualitativer Art: die Angebotsvielfalt würde verkümmern, Vergleichsmöglichkeiten fehlten und die Anreize für eine Anpassung des Angebots wären gering. Welche Chancen hätte eine solch monopolistische Abkehr von der freien Schulwahl, welche die Rechte der Bürger einschränken würde, wohl in diesem europäischen Land? Die Frage – und ein Blick auf ihre Implikationen – lohnt sich auch in der Schweiz, wo die Ausgangslage im Bildungswesen bekanntlich gerade umgekehrt ist.

Doris Fiala ist Zürcher FDP-Nationalrätin, Anita Simioni Alt-Kantonsrätin und Claudia Simon Zürcher Gemeinderätin der FDP.